

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,00 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Inserate kosten die achteckige Normalzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungsgebühr 10 Proz. Sonntags- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9708

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Friedensultimatum und U. S. P.

An das arbeitende Volk!

Das deutsche Volk steht vor der Entscheidung. Das Ultimatum der Entente ist überreicht, binnen wenigen Tagen muß der Frieden unterzeichnet sein oder der Kriegszustand lebt wieder auf.

Die Entente hat zwar einzelne Milderungen zugestanden, doch bleibt das Werk von Versailles ein imperialistischer Gewaltfrieden.

Gegen unseren sozialistischen und internationalen Grundsätzen legen wir im Verein mit den Sozialisten aller Länder gegen diese Vergewaltigung schärfsten Protest ein.

Aber das deutsche Volk steht heute unter dem furchtbaren Zwang, der ihm durch den Zusammenbruch auferlegt ist. Dafür tragen diejenigen die Verantwortung, die den Krieg herausbeschworen, ihn jahrelang unterstützt und sein Ende bis zum Eintritt der Katastrophe verbrecherisch hinausgezögert haben.

Das deutsche Volk hat jetzt keine Wahl, denn die Richtunterscheidung des Friedens bedeutet:

Unsere Kriegsgefangenen bleiben im fremden Land, der Heimat und den Lieben entzogen; die Heere der Entente marschieren vor und besetzen unsere wichtigsten Industrie- und Rohstoffgebiete;

unsere Häfen werden wieder blockiert; die Einfuhr ausländischer Lebensmittel hört sofort auf, während unsere heimischen Vorräte bereits aufgezehrt sind;

der Kohlenmangel bringt den Transport und die Industrie zum Stillstand. Arbeitslosigkeit und Hunger wachsen in erschreckendem Maße, und führen zu furchtbaren Verheerungen;

Bergweilungserfahrungen der Massen. Der erste Nationalismus weicht einer dumpfen Hoffnungslosigkeit.

In kurzer Zeit müßte jeder Friede unterzeichnet werden. Es wäre dann nicht einmal sicher, ob Deutschland als Ganzes den Frieden unterzeichnen könnte. Denn die imperialistischen, die im Rheinland, in Bayern und Deutschösterreich katholische Sonderstaaten schaffen und die kapitalistischen Interessensvertreter, die dem wahren und revolutionären Deutschland entfliehen möchten, würden unter dem Schutze der Entente ihr rücksichtsloses Werk der Zerstückelung mit größerem Eifer und vermehrter Aussicht fortsetzen können.

Ablehnung des Friedens heißt also maßlos gesteigertes Elend, neue Menschenopfer, Zerstörung des Wirtschaftslebens, Gefährdung der deutschen Einheit, hoffnungsloses Chaos!

Trotzdem fräut sich die Regierung, der harten Notwendigkeit zu gehorchen und den Frieden zu unterzeichnen. Der Geist der alten Prestigepolitik und des alten Nationalismus beherrscht sie.

Die Militaristen wollen ihre Macht aufrechterhalten, sie loben gegen den Frieden, der die Heeresstärke herabsetzt und dem deutschen Militarismus ein Ende bereitet. Die Regierung selbst hat den Trägern des Militarismus wieder zur Macht verholfen und fürchtet eine Politik, die sie in Widerspruch zu ihren Gebieten brächte.

Die nationalistischen Parteien hoffen von der Wiederbelebung des chauvinistischen Geistes die Rückkehr großer Massen in ihre Reihen.

Die Kapitalisten erwarten, daß der einmarschierende Ententeimperialismus die gemeinsamen kapitalistischen Interessen gegen die sozialistische Bedrohung schützen werde.

All diese Interessen haben in der Regierung ihre Vertretung und bestimmen die Regierungspolitik. Die rechtssozialistischen Minister treten dagegen nicht auf, aus Furcht, von den Militaristen davongejagt

zu werden. Sie sind die Gefangenen der kapitalistischen Parteien und der Militärdiktatur.

So ist das deutsche Volk in der großen Gefahr, durch Kapitalismus und Militarismus in eine vernichtende Katastrophe hineingerissen zu werden.

Das arbeitende Volk darf sich über diese furchtbare Situation nicht täuschen lassen durch das nationalistische Geschrei der kapitalistisch-militaristischen Kreise und der unter ihrem Diktat stehenden ohnmächtigen Reichsregierung. Es darf sich nicht aufspalten lassen zu abenteuereichen Aktionen gegen die Entente. Wir protestieren insbesondere mit aller Schärfe gegen den frevelhaften Plan eines neuen Krieges gegen die Polen.

Jeder militärische Widerstand wäre Wahnsinn und würde nur die nutzlosen Opfer vermehren.

Wir Unabhängigen Sozialdemokraten lehnen jede Verantwortung ab für die Folgen, die nach innen und außen durch die Ablehnung des Friedensultimatums entstehen.

Wir warnen die Regierung, die Politik der Provokationen, der Lockspiele, der militärischen Diktaturversuche länger fortzusetzen. Diese Politik ist um so

verbrecherischer, weil sie gleichzeitig die Arbeiterklasse durch die Ablehnung des Friedensvertrages in eine verzweifelte Situation hineintreibt.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter der militaristischen Reaktion nicht die gewünschte Gelegenheit geben werden, die Zeit der nationalistischen Erregung zur Verwirklichung ihrer Diktaturgelüste auszunützen. Das neue Gewaltregiment wird nicht von langer Dauer sein und ebenso schwächlich zusammenbrechen, wie das alte Regime zusammengebrochen ist.

Nicht von den Methoden einer veralteten Diplomatie und nicht von militärischen Entscheidungen kann die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse abhängig gemacht werden. Wir vertrauen auf den siegreichen Vormarsch der Arbeiterklasse und wissen, daß die fortschreitende proletarische Revolution den Vertrag von Versailles vernichten wird, wie sie die Verträge von Vrest und Vafareß beseitigt hat.

Das letzte Friedenswort kann und wird nur der internationale Sozialismus sprechen.

Berlin, den 17. Juni 1919.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die deutsche Schicksalsfrage.

Die Antwort der Entente ist da, die entscheidende Stunde hat geschlagen, dem deutschen Volke ist die Schicksalsfrage gestellt.

Wichtig und hart haben die Männer, die sich als Weltrichter fühlen, die Anklage formuliert. Schmerzlich müssen wir bekennen, daß viel von dem, was sie gegen die früheren Machthaber sagen, viel sogar von dem, was sie gegen das deutsche Volk vorbringen, berechtigt und wahr ist.

Aber falsch ist es, auf diese Anklage den Richterspruch zu gründen. Denn ihr Werk ist nicht, zu strafen und zu sühnen, und barbarisch bleibt es, ein ganzes Volk und seine künftigen Geschlechter leiden zu lassen für das, was seine Herrscher verbrochen, und ihm Sühne aufzuerlegen, weil es zu schwach und politisch zu verblendet war, von solcher Herrschaft zu rechter Zeit sich zu befreien.

Rein, nicht um Schuld und Sühne handelt es sich, sondern um den Frieden des Rechts oder Gewalt, und das imperialistische Beginnen Deutschlands rechtfertigt nicht den imperialistischen Abschluß der Sieger.

Noch einmal empfinden wir das niederdrückende Gefühl der Demütigung, das uns niemals ganz verlassen hat, seit am 4. August 1914 die Machthaber der Staaten, des Deutschen Reichs vor allem, an die Waffen appelliert haben und das Geschick der Völker seitdem nicht mehr durch ihre eigenen Entschlüsse bestimmt, sondern durch das rohe Wüten blinder Gewalt entschieden wurde. Damals wurde der Vankeroit des Geistes proklamiert, das Wirken der Vernunft in der Politik hörte auf, und mit Handgranaten, Maschinengewehren, Kanonen, Flammenwerfern, Torpedorohren und Unterseebooten wurde der europäischen Menschheit das Geschick neu geformt.

Die Antwort der Entente ist das Ergebnis. Zu kurz ist die Zeit und zu schwach sind die Kräfte der Völker, um sich heute schon der furchtbaren Wirkung jahrelanger Alleinherrschaft der Gewalt zu entziehen. Erst die kommende Zeit wird den Fortgang des Kampfes lehren, der dem Wirken der Gewalt im Völkerleben, der Feindschaft der Staaten wie dem Gegenkatz der Klassen ein Ende bereiten und die Völker selbst ihre wahre Selbstbestimmung, die Bestimmung in Freiheit durch die Vernunft, erringen wird.

Was aber aus Versailles gekommen ist, das ist noch das alte Verhängnis, das die Gewalt über uns gebracht hat. Einige Härten sind etwas gemildert. In Oberschlesien soll eine Volksabstimmung entscheiden; die Entschädigungssumme soll in einiger Zeit festgelegt werden; für die wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen werden Erleichterungen zugesagt, die Aufnahme in den Völkerbund unter Umständen beschleunigt werden. Aber der imperia-

listische Charakter des Vertrages bleibt im ganzen unberührt. Und doch wäre es lörricht, gegen das Verhängnis ankämpfen zu wollen, indem man sich der Verzweiflung überläßt und, um einem argen Uebel zu entgehen, sich selbst das Leid antut.

Es gibt in Deutschland niemanden, der nicht die furchtbare Härte dieses Friedens erkennen würde, und trotz unabhängigen Sozialdemokraten sind die letzten, die diesen Frieden der Gewalt, den eine siegreiche Machtpolitik über die Welt verhängen will, nicht aufs schärfste verdammen würden. Haben wir doch von Anfang an diese Politik von unserem grundsätzlichen internationalen und sozialistischen Standpunkte aus mit allen Kräften, deren wir fähig waren, bekämpft und sie verworfen, gleichviel, ob sie vom deutschen oder vom französischen oder englischen Kapitalismus getrieben wurde.

Nicht um die Anerkennung dieser Politik kann es sich also handeln, wenn wir der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Friede wird unterzeichnet werden müssen, sondern nur darum, wie der Kampf für die Revision dieses Friedens künftighin zu führen sein wird. Wir wissen, daß dieser Abschluß, würde er ein dauernder sein, ein Unglück wäre, nicht für das deutsche Volk allein, sondern für alle Völker. Deshalb wollen wir den Kampf um die Revision des Friedens führen im Verein mit den Volksmassen aller Länder, die heute die Bestagten sind, gerade weil ihre Machthaber so sehr gesiegt haben. Wir wissen, daß der Krieg in allen Ländern gewaltige soziale Bewegungen auslöst, deren Anfänge bereits überall sichtbar werden, und daß diese sozialen Bewegungen mit dem Triumph der Arbeiterklasse enden werden, die dann in internationaler Solidarität den Frieden der Gewalt zerreißen und ein neues Reich der Freiheit gründen wird, den wahren Völkerbund, in dem das Gebot der internationalen Moral seine Verwirklichung finden wird, nach dem Freiheit und Wohlfahrt der einen Nation die Bedingung für die Freiheit und Wohlfahrt aller Nationen ist.

Diese Entwicklung aber würde gestört und unterbrochen werden durch die Bergweilungspolitik, die die Regierung ins Auge gefaßt hat. Sie würde unendliches Unheil über das deutsche Volk bringen, nochmals die Furchtbareit des Krieges über uns verhängen, die Gewalt fortwähren lassen und uns zu den Schrecken von außen noch die Schrecken von innen bringen, die Hunger und Arbeitslosigkeit erzeugen würden.

Schwer würde das deutsche Volk leiden und die Zukunft Deutschlands wäre aufs äußerste bedroht. Was uns bisher erpart war, die furchterlichen Folgen einer Invasion,

In Anwendung dieser Prinzipien haben die alliierten und assoziierten Mächte Vorkehrungen getroffen, um

Polen als unabhängigen Staat

Wiederherzustellen, mit einem freien und sicheren Zugang zum Meer. Alle die Territorien, welche von ungetreuer polnischer Bevölkerung besetzt sind, sind Polen zu übertragen; alle die Territorien, welche von einer deutschen Mehrheit besetzt sind, außer einigen isolierten Städten und einigen Inseln, welche auf kürzlich mit Gewalt erprobirten Ländern erobert sind, sind Deutschland überlassen worden.

Die deutschen Gegenanträge widersprechen vollständig den Grundgedanken, die für den Friedensschluss angenommen wurden. Sie laufen darauf hinaus, daß starke Rechte von ungetreuer polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands behalten werden.

Oberpommern

Die deutsche Delegation hat die Forderung der Einbeziehung von Oberpommern im Vertrag 2:1 bewahrt. Diese Forderung ist als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes zu betrachten.

Saargebiet

Das Saargebiet ist ein Gebiet, das von den alliierten und assoziierten Mächten vorgeschlagene Regelung für 15 Jahre dauern wird. Diese Regelung ist als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes zu betrachten.

Feindliche Annexion

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Forderung der Einbeziehung von Feindlichen Annexionen im Vertrag bewahrt. Diese Forderung ist als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes zu betrachten.

Dörfern und Dörfern

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Forderung der Einbeziehung von Dörfern und Dörfern im Vertrag bewahrt. Diese Forderung ist als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes zu betrachten.

deutschen Kolonien

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Forderung der Einbeziehung von deutschen Kolonien im Vertrag bewahrt. Diese Forderung ist als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes zu betrachten.

IV.

Es scheint, daß die deutsche Delegation sich in einem schweren Stand über den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen befindet. Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Forderung der Einbeziehung von wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen im Vertrag bewahrt.

V.

Die deutsche Delegation befindet sich in großem Unbehagen über den Inhalt des Wiedergutmachungsplanes. Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Forderung der Einbeziehung von Wiedergutmachungsplan im Vertrag bewahrt.

Der im internationalen Handel geltende Grundsatz, daß die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt sind und daß es gleichzeitige die Lieferleistungen der Angriffs- und Lieferleistungspolitik, welche seine Methoden sowohl auf geschäftlichen, wie auf politischem Gebiete charakterisiert haben, aufgibt, so haben die alliierten und assoziierten Mächte die Absicht, Deutschland eine gerechte Behandlung zuteil werden zu lassen.

V.

Die deutsche Delegation befindet sich in großem Unbehagen über den Inhalt des Wiedergutmachungsplanes. Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Forderung der Einbeziehung von Wiedergutmachungsplan im Vertrag bewahrt.

Wiedergutmachungen

Der Vorschlag des Friedensvertrages. Dieser Vorschlag begrenzt die vor Deutschland zahlbare Summe auf den Betrag, der sich klar und deutlich rechnerisch aus den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, soweit er den der Zivilbevölkerung der Alliierten durch den Angriff (aggression) Deutschlands zugefügten Schäden bezieht.

Er bezieht sich auf die beiden Teile der Bezahlung der Wiedergutmachungen, welche Deutschland ablegen, so leicht wie möglich zu machen; so muß er aufgefaßt werden.

die bestimmte Summe

zu kennen, welche Deutschland zahlen muß und welche für die Alliierten anrechenbar ist. Es ist nicht möglich, diese Summe heute festzusetzen, denn das Ausmaß des Schadens und die Kosten der Wiedergutmachung haben noch nicht festgestellt werden können.

VI.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Wunsch der deutschen Delegation, Deutschland sofort in den Völkerbund aufzunehmen, sorgfältig geprüft. Sie können diesem Wunsch nicht zustimmen.

Die deutsche Revolution ist bis zu den letzten Augenblicken des Krieges hinausgezögert worden. Bis jetzt haben die alliierten und assoziierten Mächte keine Garantie dafür, daß diese Revolution einen dauerhaften Wechsel bedeutet.

VII.

Im Laufe der Erörterung der wirtschaftlichen Bestimmungen und an anderer Stelle hat die deutsche Delegation ihre Klagen gegen die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegte Blockade erneuert. Die Blockade ist und war stets eine rechtmäßige und anerkannte Kriegsmaßnahme.

Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte klar feststellen, daß diese Note und die ihm beigelegte Denkschrift ihr letztes Wort bedeuten.

Was aber die Grundlinien angeht, so beharren sie bei dem Vertrage. Sie glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Regelung des großen Krieges darstellt, sondern auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas auf dem Wege der Freundschaft und Gleichheit mit einander leben können.

Als ein solcher muß er in der heute vorliegenden Formulierung angenommen oder abgelehnt werden. Infolgedessen erwarten die verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation innerhalb von fünf Tagen,

vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung gerechnet, eine Erklärung, die ihnen zu erkennen gibt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. ges. Clemenceau.

Die Ueberreichung der Antwort. Eine Frist von 7 Tagen.

Paris, 16. Juni. Heute nachmittag 6 1/2 Uhr fand im Hotel des Reservoirs die Ueberreichung der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenanträge statt.

Generalsekretär Dutaika erklärte, er überreichte hiermit die endgültigen Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Delegation soll in einer Frist von fünf Tagen, vom Zeitpunkt der Ueberreichung an gerechnet, erklären, ob sie geneigt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, oder nicht.

Der Friedensauschuß und die Antwort der Entente. Der Friedensauschuß hielt am Dienstag um 6 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in der Scheidemann den Wortlaut der Warteinote verlas.

Der Friedensauschuß und die Antwort der Entente. Der Friedensauschuß hielt am Dienstag um 6 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in der Scheidemann den Wortlaut der Warteinote verlas.

A. WERTHEIM G. m. b. H.

Leipziger Straße · Königsstraße · Moritzplatz · Rosenthaler Straße / **Versand-Abteilung Berlin W 66**

Kleiderstoffe

Kostümstoffe klein kariert, etwa 130 cm breit Meter **29⁰⁰**
 Kammgarn schwarz, reine Wolle, etwa 120 cm breit Meter **58⁰⁰**
 Kammgarn reine Wolle, etwa 120 cm breit, marine und schwarz Meter **67⁵⁰**
 Kammgarn reine Wolle, etwa 130 cm breit, marine und schwarz Meter **72⁰⁰**
 Kammgarn reine Wolle, etwa 130 cm breit, marine und schwarz Meter **83⁰⁰**

Waschstoffe

Krepon bedruckt, kleines Blumenmuster und Streifen Meter **12⁵⁰**
 Baumwolle Musselin, dunkel bedruckt Meter **13⁰⁰**
 Perkal gestreift, etwa 80 cm breit Meter **14²⁵**
 Satin gestreift, etwa 80 cm breit Meter **15⁷⁵**

Zephyr hellblau und mode, für Kleider, etwa 100 cm breit Meter **16⁵⁰**
 Weiß Batist feinfädig, für Wäsche etwa 100 cm breit Meter **17²⁵**
 Glasbatist etwa 110 cm breit **18⁵⁰**
 Krepon einfarbig, für Kleider, große Farbauswahl, etwa 100 cm breit Meter **23⁵⁰**

Seidenstoffe

Blusen- und gestreift und kariert Meter **14⁵⁰**
 Bedruckte Schleierstoffe etwa 100 cm breit Meter **29⁰⁰**
 Basiseide für Kostüme, naturfarbig, etwa 100 cm breit Meter **55⁰⁰**
 Einfarbige Basiseide in vielen modernen Farben, 85 cm breit, Meter **59⁰⁰**
Japanische Rohseide etwa 85 cm breit Meter **26⁰⁰**

Unterröcke

Wachsunterröcke a. leicht Leinen, Ansatz farb gepaspelt, verschied. Farben **32⁰⁰**
 Unterröcke a. festem, dunkel gemust. Waschstoff, mit gezogenem Ansatz **37⁰⁰**
 Unterröcke a. gestickt Batist, Ansatz mit Querschnitten u. Hohlsaumgarnitur **59⁰⁰**

Unterrock aus reiner Seide, feste Ware, in verschiedenen Changeant-Farben **89⁰⁰**
 Unterrock-Ansätze aus Wasch- und Seidenstoffen, in reicher Auswahl, zu verschiedenen Preisen.

Schürzen

Tändelschürzen weiß gemustert Mull, mit Stickerel **6⁵⁰**
 Tändelschürzen weiß, glatter Batist, mit Ein- und Ansatz **7⁵⁰**
 Teeschürzen weiß, Spitzen-Einsatz **10²⁵**
 Teeschürzen gemustert, Batist, mit Stickerel **16²⁵**

Hausschürzen blau-weiß gestreifter Zellstoff, mit Tasche **4⁸⁰**
 Hausschürzen glatt blauer Zellstoff, mit Satinblende **8⁵⁰**
 Blusenschürzen gestreifter Zellstoff, mit Blenden **7⁵⁰**
 Blusenschürzen gestreift Zellstoff, Wiener Form **8⁵⁰**

Morgenröcke

Morgenrock aus gedeckelt gemusterten, waschbaren Schleierstoff, lose Form **85⁰⁰**
 Morgenrock aus feinem gemusterten, baumwollenem Krepp, aparte Farbstellungen, Glasbatistkragen mit Hohlstick, vornehme Ausführung **170⁰⁰**

Morgenrock aus dunklem Punktbatist, Blumenmuster, großer Schulterkragen **129⁰⁰**

Knabenschürzen Zellstoff in verschiedenen Ausführungen Größe 40 bis 55 cm **2⁹⁵**

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bismarckplatz, Richtung Friedrich-Kayserstr. 8 Uhr: Der Schwarzkäse.

Opernhaus
Der Ring des Nibelungen 2. Tag
Uhr: Siegfried.

Schauspielhaus
Uhr: Coriolan.

Königsgrüner Straße
Abendstück 7 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus
Abendstück 8 Uhr: Die Fledermaus.

Berliner Theater
Abendstück 7 Uhr: Die Fledermaus.

Deutsches Theater
Abendstück 8 Uhr: Die Fledermaus.

Kammerspiele
Abendstück 8 Uhr: Die Fledermaus.

Theater des Westens
Abendstück 7 Uhr: Die Fledermaus.

Die Geisha.
Donnerstag 100. Aufführung.

Lessing-Theater
Sommerplatzzeit

Deutsches Künstler-Theat.
Abendstück 7 Uhr: Die Fledermaus.

Rosa-Theater
Abendstück 7 Uhr: Die Fledermaus.

Wintergarten
Abendstück 7 Uhr: Die Fledermaus.

Elite-Sänger
Abendstück 7 Uhr: Die Fledermaus.

Spezialitäten-Theater NO.
Landsberger Allee 76/77.

Tägliche Vorstellung
Orchestration, Text neu.

Zeitungsfreit

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“
Sonnenwendfeier
in Tornewald Idyll am Teplitzer See am Sonnabend, den 21. Juni.

Schloss Schönhausen

BALL DER JUGEND
Die gute Musik • Der große Betrieb.
Im Garten Varieté-Vorstellung.

Täglich 12 gr. Varieté-Attraktionen

Unter anderem:
 TIMM Abbott Compagnie, Humorist.
 Hugo Voigt, der beste sächsische Komiker.
 Korona-Truppe, Halahrecher, Kopf-Balancen auf dem Stelztrapaz.
 Morley-Truppe, Sensations-Radfahr-Akt.
 3 Thomas, Komischer Sportakt.
 Margarete Gilton, Tauben-Dressur-Akt mit der einzig existierenden rechnend. Taube.
 Gehröder Stopney, Akrobaten auf freisteh. Latern.

Pferde- und Hunde-Dressur-Akt (Die kleinsten Pferde der Welt).
 Hermann Wehling, der beliebte Berliner-Volkstänzer.
 Wandler-Truppe, Komische Reckturner am Paralleldarree.
 Olga Gregg u. Sheffield, Humorist. „In der Bodega“.
 Clark-Truppe, Die radfahrenden Unikats.
 Bonita Berol, Die einzig dastehende 8-jährige Spitzen-Tänzerin v. Apollo-Theat.
 Gebrüder Franzis, Salos-Akrobaten.

und 5 weitere erstklassige Nummern.
Großes komplettes Theater-Orchester.
 Eröffnung der Gärten:
 Wochentags 3 1/2 Uhr
 Sonntags 2 1/2 Uhr
 Beginn des Konzerts:
 Wochentags 6 Uhr
 Sonntags 5 Uhr
 Beginn des Varieté:
 Wochentags 7 Uhr
 Sonntags 6 Uhr
 Uebor Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Fortuna-Lichtspiele

Müllerstraße 12 a.
3. Teil Der Hund von Baskerville.
Tscherkessenblut.
 Ein Drama von Liebe und Leidenschaft.
 Bis Donnerstag täglich 7 1/2 - 8 Uhr.

Eine furchtbare Gefahr für das Volk

Geschlechtskrankheiten
 Berlin steht mit 43% syphilitischer Männer a. d. Spitze!
Wie schütze ich mich vor Geschlechtskrankheiten?
 von Spezialarzt Dr. med. Levy-Lessa, Berlin
 Im Auftrag der Gesellschaft zur Bekämpfung von Venenkrankheiten
 Preis im Sortimentszuschlag Mk. 1,50.
 Eine leichtverständliche Aufklärungsschrift mit den wirklich zweckmäßigen Schutzmaßnahmen.
 Erhältlich in jeder Buchhandlung od. beim unterzeichneten Verlag Gustav Zieman, Berlin, Wilhelmstr. 133.

Zur Steinerung der Schuhnot!

Wir sind durch großen Einkauf von guten Lederschuhwaren in der Lage, Ihnen durch unser bekanntes, renommiertes
Schuh-Versandgeschäft
 sofort Sendung zu machen. Wir werden Sie gut bedienen, dank Sie uns Ihrem Bekanntenkreis empfehlen. Lieferung erfolgt sofort gegen Einsendung des Bezugsscheins gegen Nachnahme. Nichtpassendes wird bereitwillig umgetauscht.
Schuhvertrieb Fischer
 Milspe (Westf.)
 gegründet 1894.

Möbel!

Sonder-Angebot!
 Schlafzimmer
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Dielen-Möbel
 Küchen
 in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Lombard- u. Möbelhaus „Bahnhof Börje“ G. m. b. H.
 Dirdjensstraße 43-44.

Kaufmännische Privatschule

von **Paul Kowalski**
 Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Stgl. Bahnhof
 Fernsprecher: Moritzplatz 11236.
 Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung.
 Taxes- und Abendkurse.

Säle bis 1000 Personen frei

für Vereine, Versammlungen etc.
 Auskunft erteilt im Büro der Vereins-Konzertstätte früherer Armee-Mallen
Direktion Selbiger & Enser
 Kommandantenstraße 36/39 Fernsprecher 10135

PIANOS, FLÜGEL

neu und gebraucht
Römhildt A. G., Leipziger Str. 119/120

Zur Steinerung der Schuhnot!

Wir sind durch großen Einkauf von guten Lederschuhwaren in der Lage, Ihnen durch unser bekanntes, renommiertes
Schuh-Versandgeschäft
 sofort Sendung zu machen. Wir werden Sie gut bedienen, dank Sie uns Ihrem Bekanntenkreis empfehlen. Lieferung erfolgt sofort gegen Einsendung des Bezugsscheins gegen Nachnahme. Nichtpassendes wird bereitwillig umgetauscht.
Schuhvertrieb Fischer
 Milspe (Westf.)
 gegründet 1894.

Möbel!

Sonder-Angebot!
 Schlafzimmer
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Dielen-Möbel
 Küchen
 in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Lombard- u. Möbelhaus „Bahnhof Börje“ G. m. b. H.
 Dirdjensstraße 43-44.

Kaufmännische Privatschule

von **Paul Kowalski**
 Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Stgl. Bahnhof
 Fernsprecher: Moritzplatz 11236.
 Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung.
 Taxes- und Abendkurse.

Säle bis 1000 Personen frei

für Vereine, Versammlungen etc.
 Auskunft erteilt im Büro der Vereins-Konzertstätte früherer Armee-Mallen
Direktion Selbiger & Enser
 Kommandantenstraße 36/39 Fernsprecher 10135

PIANOS, FLÜGEL

neu und gebraucht
Römhildt A. G., Leipziger Str. 119/120

Lochspindel an der Arbeit.

Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, daß Spigel, die sich als revolutionäre Arbeiter gebärden, sich Zutritt zu den Organisationen verschafft haben, die Arbeiter zu abenteuerlichen Aktionen auszubilden versuchen.

Wir sind auch auf das genaueste darüber unterrichtet, daß die Militärkamarilla nur auf den Erfolg dieser Machenschaften wartet, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen und die eigene Herrschaft offen zu errichten. Eine Liste der Vertrauensmänner, die sofort verhaftet werden sollen, ist bereits hergestellt. Provokierte Putsch sollen die Stimmung in der Öffentlichkeit schaffen, die dieses gewaltsame Vorgehen begünstigt.

Wir erwarten, daß die Arbeiter diese reaktionären Pläne durchschauen und durch ihre ruhige Entschlossenheit zu nichts machen werden.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eine verdiente Quittung.

Glänzender Wahlsieg der Unabhängigen Sozialdemokratie in Bayern.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

München, 16. Juni.

Die Kommunalwahl in München hatte folgendes Ergebnis: Die Gesamtstimmzahl betrug 242 370, davon entfielen auf die Unabhängige Sozialdemokratie 77 284, Ultramontane 67 522, Rechtssozialisten 45 569, Demokraten 34 474, Hausbesitzer 4426, Mittelberater 4978, Mittelstand 3335, Angehörtenverbände 2296, Soz. Bürgerpartei 1486. Von 50 Stadtteilen erhaltene die Unabhängigen Sozialdemokraten 16, die Ultramontanen 15, Rechtssozialisten 10, Demokraten 7, die Mittelberater 1, Hausbesitzer 1. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist also jetzt die stärkste Partei in München.

Bei der Bürgermeierwahl erhielt der Reichsbildner 78 469, die Unabhängigen Sozialdemokraten 77 257, die Rechtssozialisten 45 673, Demokraten 34 609.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Bei den Kommunalwahlen erhielten die Unabhängigen Sozialdemokraten 34 086, die Rechtssozialisten 59 477, die Bürgerlichen 65 004. Am 12. Januar sind 10 829 unabhängige, 99 692 rechtssozialistische, 80 390 bürgerliche Stimmen, am 19. Januar 14 561 unabhängige, 99 745 rechtssozialistische, 78 830 bürgerliche Stimmen abgegeben worden. Die Stimmenzahl der Unabhängigen ist also erheblich gestiegen, die der Rechtssozialisten ebenso zurückgegangen.

Wie aus München, wie aus Nürnberg, so wird aus ganz Bayern, wo am Sonntag die Kommunalwahlen vorgenommen worden sind, ein gewaltiges Anwachsen der Stimmzahl für die Unabhängige Sozialdemokratie, ein ebenso rapider Zurückgang der rechtssozialistischen Stimmen gemeldet. Das ist eine verdiente Quittung! Eben noch haben die rechtssozialistischen Führer auf ihrem Parteitag Jubelhymnen über ihre Stärke und ihre Erfolge gesungen. Kaum aber ist der letzte Ton verklungen, so kommt der Widerhall aus dem Lande. Die Arbeitermassen wollen nichts mehr von den Rechtssozialisten wissen, immer tiefer gräbt sich in das Proletariat die Erkenntnis von der arbeiterverräterischen Politik der rechtssozialistischen Partei, immer gewaltiger wird der Zustrom zur Unabhängigen Sozialdemokratie, die damit von den Arbeitern als die alleinige Trägerin des sozialistischen Gedankens anerkannt wird.

Nun mag sich Noske Trost bei seinen Offizieren holen, nun mögen sich die Ebert und Scheidemann, die David und Heine noch enger an das Bürgertum anlehnen. Das Proletariat hat mit ihnen nichts mehr zu schaffen. Die Stunde der Drehung rückt immer näher, der Tag ist nicht mehr fern, an dem sich die wahre Einigung der Arbeiterschaft Deutschlands vollziehen wird: auf der Grundlage des revolutionären Sozialismus!

Wie vor fünf Jahren!

Jetzt fehlen nur noch die Choleraerbazillen in den Brunnen und die Fluasäure, die Brandgranaten auf die der Erste entkaasende Felder hinabwerfen: dann haben wir die Wiederholung der Stimmumwälzung aus dem Sommer 1914. Nur, daß diesmal nicht die Militaristen die nationalsozialistischen Rüstlinge wecken, sondern daß jetzt die Rechtssozialisten die Rolle der Kriعاتtreiber übernommen haben. Der Schlimmsten einer ist Herr Otto Hörsing, Reichs- und Staatskommissar für Oberkärnten und Westböhmen, der es an Engherzigkeit und brutaler Ueberheblichkeit mit jedem Samandenknoten der alten Schule aufnehmen kann. Eben hat er an den Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, worin er „einwandfrei“ behauptet, daß an der oberkärnten Grenze von bestochenen und gekauften Polen Eisenbahnbrücken abgebrannt und Bahnkörper beschädigt werden, um die Abfuhr von Kohlen und die Zufuhr von Lebensmitteln zu gefährden. „Polnische und sporadische Kaganen“ organisieren Unruhen und Aufstände in Oberkärnten, sowie in den Industriegebieten und Stätten Schießens und Westpölnens. Diese Verbredens seien mit ausländischen Gelde ausgeführt und fänden ihren Rückhalt in den täglich durch Deutschland rollenden Zügen mit Galle-Truppen. Und dann sagt Herr Hörsing: „Bei diesen Putsch, die ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde, kann Noskes- und besonders Arbeiterblut fließen, und zwar Blut der Unschuldigen, die Arbeiterblut fließen, und zwar Blut der Unschuldigen, die von den Putschisten auf die Straße gebracht worden sind, um dann selbst zu verschwinden.“

Die Herr Noske sich räuspert oder spuckt, so hat es Herr Hörsing ihm abgequadt. Er fordert von der Reichsregierung, daß die Truppentransporte der Armee Galle

eingestellt werden. Zu gleicher Zeit legt er eine Belohnung von 100 000 Mark für diejenigen aus, die Mitteilungen über Putsch, über Spionage, über Waffenlager und dergleichen machen können.

Offiziös wird dazu bemerkt, daß die Transporte der Armee Galle am 22. d. M. ihr Ende erreichen werden. Bis dahin wird Herr Hörsing, der mit seinem Teloanant an die Reichsregierung ohne Zweifel bestellte Arbeit geliefert hat, die nationalsozialistische Stimmung im Osten so weit aufgetrieben haben, daß die Militaristen eine billige Gelegenheit ergreifen werden, um gegen die Polen loszuschlagen. Dabei geht aus einem Derschenwechsel zwischen Erzberger und der interalliierten Waffenstillstandskommission über die angeblichen Angriffsabsichten der Polen hervor, daß die deutschen Meldungen darüber entweder erfunden oder sehr übertrieben worden sind. Doch kommt es den Militaristen, als deren Werkzeug die Galtung Hörsing arbeitet, wenig auf die Mittel für ihren Zweck an, es verlangt sie einfach nach Belästigung. Die deutsche Arbeiterschaft aber erhebt schärfsten Protest gegen diese Versuche, die Stimmungsmache von 1914 zu wiederholen und einen neuen Angriffskrieg zu beginnen!

Zum Fall Barth.

Wir erhalten folgende Erklärung:

In der bürgerlichen Presse wird mein Name in Verbindung gebracht mit den Verhandlungen zwischen Emil Barth und den Führern der Regierungstruppen.

Demgegenüber habe ich zu erklären, daß ich mit diesen Verhandlungen nicht das geringste zu tun habe. Mein Urteil über die Regierungstruppen und ihre Führer hat zu jeder Zeit den Anschauungen entsprochen, die in der Erklärung der U. S. P. D.-Arbeiterräte vom 12. Juni d. J. niedergelegt sind. In jeder Zeit habe ich in Wort und Schrift diesen Anschauungen Ausdruck gegeben und werde das auch weiter tun. Ich kenne das Wesen des Militarismus und die Bedeutung der Klassengegenätze zu genau und habe mich daher niemals dem feindlichen Wabne hingegeben, daß zwischen den Militaristen Noskescher Oberrang und revolutionären Sozialisten irgend welche Verständigungsmöglichkeiten beständen.

Berlin, den 14. Juni 1919.

Ernst Däumig.

Beginnende Einsicht.

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt in ihrer Abendausgabe vom 17. Juni bei der Besprechung der Antwortnote der Alliierten, daß sich eine Sturmflut von Empörung und Erbitterung über Deutschland ergieße werde. Dann aber führt das Blatt aus: „Wir kennen die Gefühle, die heute ganz Deutschland bewegen. Wir teilen sie und empfinden die ganze grauenvolle Tragik des deutschen Schicksals. Was wir nunmehr auch tun: Es wird furchtbar sein, die Verantwortung der Stunde ist unermesslich. Deutschland ist außerhande, dem Feinde die Untertanschrift zu dem Vertragsentwurf zu verweigern, wenn sie durch Ultimatum erzwingen wird. Schicken wir uns ins Unvermeidliche, hoffen wir auf bessere Zukunft. Gute Zeichen dafür sind da, daß sie kommt, nicht im Sturmgewitter neuer Machtenhaltung, sondern durch den Willen der Völker, die ohne Mitarbeit des mittleren Europas nicht in Ruhe leben können.“

Pöbeleien.

Auf der Fahrt vom Hotel des Reservoirs in Versailles zum Bahnhof von Bois-le-Roi, von wo der Sonderzug mit der deutschen Friedensdelegation nach Weimar abfuhr, wurden aus der Menschenmenge heraus nach einzelnen Autos Steine geworfen. Es wurden infolge dessen mehr oder weniger leicht verletzt das Mitglied der Delegation Dr. Melchior, Oberstleutnant von Zlander, Major Dr. Meyer und Frau Dornblüth, die an der Seite des Reichspolizeiministers Steiberts saß. Die Kundgebungen der Menschenmenge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten Toben, Rufen und Schreien, als sich die Mitglieder der Delegation auf der Straße zwischen dem Hotel des Reservoirs und den Hotels Suisse und Patel zeigten.

Der Ledebour Prozeß.

Kein Schuldergebnis aus der Beweisaufnahme.

Am 19. Verhandlungstag wurde die Beweisaufnahme in dem Prozeß gegen den Genossen Ledebour geschlossen. Es muß festgestellt werden, daß die Zeugenaussagen nichts, aber auch gar nichts ergeben haben, was die gegen Ledebour erhobene Anklage auch nur in einem Punkte rechtfertigen könnte. Die Staatsanwaltschaft war krampfhaft bemüht, aus ihren Zeugen herauszuholen, was sie für eine Verurteilung Ledebours für erforderlich hielt. Aber ihr Kronzeuge Thiekenhausen erwies sich als eine lächerliche Gestalt. Seine Aussagen brachen schon durch seine eigenen Widersprüche zusammen. Seine Unglaubwürdigkeit wurde dann noch vollends klargemacht durch eine Reihe von Gegenzeugen, die den Zeugen Thiekenhausen als einen Aufschneider, Großsprecher und Hans Dampf in allen Gassen bezeichneten, der von niemand ernst genommen wurde. Die Aussage des Zeugen Graf Westarp wurde zu einem Schuldbekennnis für keine eigene Person. Und auf die Aussage des Zeugen Fischer will das Gericht nach eigener Angabe keinen Wert mehr legen!

Es bleibt also von der erhobenen Anklage nichts übrig, wohl aber hat die Beweisaufnahme die ungeheure Schuld der Regierung ergeben, die durch ihr Verhalten die Arbeiterschaft zum Widerstand herausgefordert und die blutigen Kampfereignisse provoziert hat. Ihr widerwärtiges Spindelgestirn, das sie dabei anwandte, wurde in der Beweisaufnahme geblühend bloßgestellt. Die Regierung zog aus, um einen Revolutionär zu vernichten. Sie selbst steht als gerichtete da und mit ihr das ganze System von Lug und Trug und Savaltanwendung. Es kann heute als erwiesen angesehen werden, daß auch die Absicht bestand, den Genossen Ledebour zu ermorden. Daß dies nicht gelungen ist, ist nur einem Zufall zu verdanken. Wenn die dunkeln

Pläne der Verschwörer in diesem Prozeß nicht restlos aufgedeckt wurden, so lag dies an der Staatsanwaltschaft und an dem Berichtshof, die alle Fragen, welche das Dunkel aufhellen konnten, kurzerhand abhändelten. In diesem Sinne ist auch die Tatsache zu verstehen, daß der Reichswehrminister Noske eine weitere Vernehmung des Zeugen Fischer über diese äußerst wichtige Angelegenheit ablehnte, „weil dadurch das Wohl des Reiches gefährdet“ sei.

Es ist leider nicht möglich gewesen, den Zeugen v. Thyska eidlich zu vernehmen, der dem Verteidiger Rosenfeld gegenüber die Behauptung aufstellte, er habe von Fischer den Auftrag bekommen, Ledebour zu ermorden, wie er auch den Auftrag gehabt habe, Liebknecht auszulauern und zu erledigen. Der „Vorwärts“, dessen Politik in diesem Prozeß gleichfalls gerichtet wurde, versucht, den Zeugen v. Thyska als einen Verbrecher hinzustellen, und glaubt durch eine hässliche Glosse, daß ausgerechnet dieser Mann der „Kronzeuge“ des Rechtsanwalts Rosenfeld sei, die Behauptung des Zeugen v. Thyska zu entkräften. Wenn aber Thyska wirklich ein Verbrecher ist, so ist damit gegen die Verteidigung gar nichts gesagt. Wohl aber ist dies ein neuer Beweis dafür, welche Elemente die Regierung aufgerufen hat, um die ihr gefährlich erscheinenden Führer der revolutionären Arbeiterschaft zu beseitigen.

Der 20. Verhandlungstag wird die Plaidoyers der Staatsanwaltschaft bringen.

(Den Bericht finden die Leser in der 2. Beilage.)

Schüsse auf Karl Kadel.

Als Genosse Kadel am 13. Juni im Hofe des Gefängnisses Lehner Straße 3 spazieren ging, fielen plötzlich eine Reihe scharfer Schüsse, die teilweise nur 3 Meter von Kadel entfernt einschlugen. Es schied wenig, so wäre der Untersuchungsgefängnis Kadel im Gefängnis erschossen worden. Natürlich ganz zufällig. Oder es wäre hinterher ein Fluchtversuch „festgestellt“ worden, wie bei Liebknecht, Jogisches, Dorenbach und anderen.

Die Schüsse kamen entweder aus der Ulanenkaserne oder aus der Feuerwerkerschule. In dieser war, wie bereits festgestellt ist, bekannt, daß der einsame Spaziergänger im Gefängnis der Genosse Kadel war. Dort haben sich kurz zuvor Soldaten über Kadel unterhalten. Daß scharf geschossen wurde, widersprach dem Befehl, monach in Berlin nicht mehr scharf geschossen werden darf. Als Grund für die Heberziehung dieses Verbotes wird angegeben, daß es sich um das „Einschießen“ eines Maschinengewehrs, das möglicherweise gerade an diesem Tage dem Tage der Verteidigung Rosa Luxemburgs!!! noch hätte benutzt werden müssen.

Uebrigens fielen während des Analticus des Maschinengewehrs noch einige Gewehr- oder Pistolen Schüsse, und gerade diese scheinen in der Nähe Kaddels eingeschlagen zu sein. Wollte der Schütze seine Spuren durch die Maschinengewehr Schüsse verwischen?

Wir fordern strengste Untersuchung und die sofortige Heberführung des Genossen Kadel in das für Untersuchungsgefängnis vorgesehene Untersuchungsgefängnis. Diese Forderung haben die Genossen Dr. Rosenfeld und Dr. Weinberg als Kaddels Verteidiger schon vor Monaten gestellt. Aber vergeblich. Wäre das berechnete Verlangen der Verteidiger erfüllt worden, so wäre Kadel im Gefängnis keiner Lebensgefahr ausgesetzt gewesen.

Der Streikbewegung in Frankreich.

Wie die Pariser Morgenzeitungen melden, hat der Kongreß der Bergarbeitergewerkschaften der Nord-Departements beschlossen, seine Forderungen dem Schiedsgericht der Regierung zu unterbreiten. Diese Bergarbeitergewerkschaften hatten sich erst in jüngster Zeit dem allgemeinen Bergarbeiterverbände angeschlossen. In den übrigen Kohlenbergwerken Frankreichs dauert der Streik fort, die Eisenbahner, Seelente und Hasenarbeiter behalten sich ihr weiteres Verhalten vor. Doubaux erklärte, durch die Haltung der Bergleute Nordfrankreichs werde der Streik im übrigen Frankreich nicht beeinflusst werden. Heute vormittag wird das Kartell der Arbeiterverbände erneut zur Beschlußfassung in Paris zusammenzutreten.

Der Transportarbeiterstreik in Paris ist beendet und die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch haben trotz des förmlichen Versprechens Clemenceaus, daß keinerlei Strafmaßnahmen gegen Streikende durchgeföhrt würden, die Untergrundbahn- und Straßenbahn-Gesellschaft in Paris sich weigert, 250 Streikende wieder einzustellen. Der Arbeitermin... führt diesen Zwischenfall durch Vermittlung bei“

Schwere Straßenkämpfe in Wien.

Wien, 15. Juni.

Nach einer Meldung des Wiener Teleg. -Bureaus zogen nach Schluß der heutigen kommunistenversammlung die Teilnehmer ungefähr sechstausend, zum Parlament, wo sich eine Abordnung zum Staatssekretär des Innern begab, und sodann zum Landgericht, um die Freilassung der dort angehalten seit gestern inhaftierten Kommunistenführer durchzusetzen und daraufhin auf die Polizeidirektion, Polizei- und Stadtschutztruppe verhielten den Zugang zur Polizeidirektion, stießen jedoch bei dem Versuche, einen anderen Teil der Demonstranten auf dem Wege zum Polizeigeängnis auszuhalten, auf Widerstand. Die Menge bewarf die Wache mit Eisenstücken und anderen Wurfgeschossen, verlegte dabei den Polizeieinspektor schwer und wuch nicht vor der Drohung des Wassergebrauches zurück. Als nun Schüsse aus der Menge fielen, gab die Wache drei Luftsalven ab. Da die Demonstranten immer nicht zurückwichen, fiel eine scharfe Salve. Rummel sturten die Massen zurück, sammelten sich alsbald wieder und gelangten in einzelnen Trupps auf Umwegen zum Polizeigeängnis, wo inzwischen die verhafteten Kommunisten größtenteils entlassen worden waren, während die übrigen Feststellungen wurden fünf Wadorgane mehr oder weniger schwer verletzt. Auf seiten der Demonstranten sind 66 Personen verletzt, davon sieben oder acht tödlich. Die vermittelte in den Kaserne konfirmierte Volkswehr unterlag seit nachmittag die Wadorgane. Abgesehen von dem un-

...den deutschen Völkern darf nicht im Dunkeln stehen. Im Ausland und im Inland sieht man vielfach in der Militärmacht im Besitz ein Mittel der Gegenrevolution. In Deutschland wird sich aber niemand für die Wiedererrichtung des Hohenzollernreiches begeistern. Die Schuld der Hohenzollern an der deutschen Völkern ist so groß, daß sich keine Volksherrschaft finden wird, die ihnen den Weg bereitet.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Sitzung (persönlich): Die Darstellung von David und Schmidt ist lobend und wichtig. Ich habe nur gesagt, daß unter der Leitung der Berliner Strömungskämpfe das Sozialisierungsgesetz in der Nationalversammlung durchgedrückt worden ist. Die Behauptung, daß erst bürgerliche Abgeordnete mich zur Sozialisierung des Reiches haben drängen müssen, vermischt Falsches mit Wahrem. Die bürgerlichen Sozialisten haben ein großzügiges Programm aufgestellt und wollten es nicht auseinander reißen lassen. Ich habe mich nicht gegen die Lebensmittelinflation überhaupt gewendet, sondern gegen den planlosen Einkauf im Auslande, gegen die harte Anleiheaufnahme unseres Goldbestandes. Ein Gesetzverbot habe ich niemals empfohlen.

Der Antrag Braun-Dach über die energische Förderung des Sozialismus wird angenommen, ebenso der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Bildner-Berlin erstattet Bericht über das Ergebnis der **Berksandwahl.**

Es erzielten Stimmen: Hermann Müller 879, Bels 201 als Vorsitzende, als Kassierer: Friedrich Partels 374, Otto Braun 391, als Beisitzer Scheidemann 302, Kolten 242, Pfannkuch 303, Heinrich Schulz 347, Frau Buchacz 371, Ritter-Berlin 372, Otto Franke-Berlin 373, Frau Koned-Berlin 355.

In der Kontrollkommission sind gewählt: Brähme mit 311 Stimmen, Ween 296, Pöcher-Stuttgart 315, Grünwald 310, Hengs 308, Böbe 315, Müller 301, Trinklans 294, Genoffin Grünberg 302.

Es folgt die

Rätefrage.

Einzelmer: Man kann nicht von oben her der Revolution die Errungenschaften beschreiben. Sie ist ein mächtiges Naturereignis. Die deutsche Revolution muß vor unseren Augen herbeikommen nicht halt. Der Arbeiter soll nicht mehr nur ein Glied des Wirtschaftskörpers sein, mit dem man spielt, sondern selbst tätig teilnehmen an der Lenkführung des allgemeinen Willens. Das freie Spiel der Initiative muß ein für alle Mal erledigt sein. Das Bürgerium hat schon einmal den historischen Augenblick verpaßt; es wird ihn wieder verpassen, wenn es sich gegen die Notwendigkeit sträubt, die Arbeiterinteressen werden die Arbeiterrechte wahrnehmen.

Die Gewerkschaften zerplündern, aber die Räte lassen die Arbeiter nicht zerschellen. Zwischen Parlament und Gewerkschaften besteht der Gegensatz von Kapital und Arbeit. Nur der Staat kann sozialisieren, nur der Staat kann durch die Gesetzgebung das Wirtschaftsrecht ändern. Die Räte können höchstens Verwaltungs-, Ausführungs- und Kontrollorganismen der Sozialisierung sein. Nun das Verbot der Räte zum Parlament. Das Wesen der neuen Wirtschaftsverfassung muß darin bestehen, daß ein Teil der staatlichen Macht auf die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper übergeht. Wie weit sollen auch die Räte an der Gesetzgebung teilnehmen? Diese Frage ist die am meisten umstrittene. Unsere Partei ist hier gespalten. Sollen die Kammer der Arbeit, wie es Pöcher, Cohen und Bloch wünschen, als gleichberechtigter Faktor neben der Volksvertretung fungieren? Der zweite Rätekongreß hat sich dafür ausgesprochen. Er hat verlangt, daß jedes Gesetz mit Zustimmung der Volksvertretung und der Kammer der Ar-

beit bedarf. Ich lehne dies ab. (weilfall.) Wenn wir im Parlament, was wir doch hoffen, die Mehrheit haben, dann würden die Berufsvertreter als Bremse wirken. Wir wünschen, daß der

Einfluß der Räte

sich nicht nur erstreckt auf die Gesetzgebung, sondern auch auf die Verwaltung. Ohne demokratische Verwaltung ist die gesellschaftliche Demokratie eine Fiktion. (Sehr richtig!) Die Verwaltung muß kontrolliert werden, nicht nur von oben durch das Parlament, sondern auch von unten durch die Räte. Die Parlamentarier können allein genügt nicht, denn auch der Parlamentarier kann ein Bureaukrat sein. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir können das Räteystem nur dann leistungsfähig gestalten, wenn wir stets anknüpfen an die große Tradition der Arbeiterklasse, wenn sich diese wirtschaftlich und ethisch zu der Räteform gestaltet, an deren Stelle sie sich setzen will. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die weiteren Verhandlungen wurden auf Sonntag früh 8 Uhr vertagt.

6. Verhandlungstag, den 15. Juni 1919.

Es folgt die Weiterberatung der Rätefrage.

Cohen (Korreferent): Ueber den allgemeinen Gedanken der Arbeiterräte hat Einzelmer so ausgezeichnet gesprochen, daß ich darüber nichts mehr zu sagen brauche. Aber wer vor Monaten so gesprochen hätte, hätte führenden Parteigenossen als halber Spionakist gegolten. (Sehr wohl!) Planes würde in der Partei anders stehen und Bedenken von Parteigenossen wären uns nicht überwunden, wenn die Führer rechtzeitig die Rätefrage erkannt und gelöst hätten.

Die Minister und Parteiführer stehen einfach die Korre laufen.

Sie hatten keinerlei Pläne. Erst die Streikbewegungen trockten ihnen widerwillige Konzessionen ab, die niemand befriedigten und auch sachlich nicht genigten. Die leitenden Genossen sind in keiner Weise führend und wegweisend vorgegangen.

Eine neue Produktionsform läßt sich nur für das ganze Gewerbe schaffen. Diese Arbeit durchzuführen, brauchen wir die Produktionsräte, die paritätisch zusammengesetzt sein müssen. Die Arbeiter allein können ein ganzes Gewerbe heute nicht übersehen, und die Unternehmer sind als Kenner und Sachverständige nicht zu entbehren. Wir können die wirtschaftlich führenden Männer nicht an jedem Tag aus der Rasse heraus erziehen. Aus den Produktionsräten soll die Kammer der Arbeit hervorgehen. Die Kammer der Arbeit soll die den wirtschaftlichen Fortschritt kommenden Funktionen des Parlamentarismus überwinden helfen. Der Regierungsentwurf will das Reichswirtschaftsamt nur in grundlegenden Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung gutachtlich hören. Ich hoffe, daß die Regierung darin noch gründlich umlernen wird.

Kapfenheim: Es ist keine Schande einzugehen, daß wir in der Frage der Arbeiterräte gewisse Schwankungen durchgemacht haben. In Kommern und Ostpreußen fühlten sich die Unternehmer als Herren. Deshalb sollte der Parteitag von der preussischen Regierung die Anerkennung und Förderung der Arbeiterräte bis zu dem genannten Termin verlangen. Die Wirtschaftsräte brauchen nicht unbedingt paritätisch zusammengesetzt zu sein. (Weilfall.)

Schumann-Röh: Worunter wir leiden, ist nicht die Schwäche der Regierung, sondern die geistige Unsicherheit und der Mangel an Mut bei unseren Vertrauensleuten. (Sehr wahr.) Sie getrauen sich nur, die ganze Nationalversammlung und Regierung zum Beschluß aufzufressen, aber sie sind elende Feiglinge, wenn sie die Politik der Partei gegenüber einem Unabhängigen oder einem Kommunisten vertreten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Ausbau des Räteystems erscheint mir wichtiger als zehn neue Sozialis-

ierungsrahmengesetze, aus denen aus Wissen nur mangelhafte Fragen angrinsen.

Dittmer-Berlin: Die Rätebewegung ist insofern eine künstliche Sache, als sie einfach russische Vorbilder nachahmt. Die deutschen Gewerkschaften kämpften schon viele Jahrzehnte gegen den Herren-im-Hause-Standpunkt und für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter.

Pauer: Es ist unrichtig, daß die Partei in der Rätefrage eine Wandlung durchgemacht hat. Wir haben schon in den ersten Wochen der Revolution und gegen das Programm der Kommunisten gemeinlich, „Alle Macht den R. und G. Räten“. Jeden Tag muß ich mich persönlich mit Streikvertretungen auseinandersetzen, die unverantwortliche Forderungen stellen und unser kostbare Zeit rauben. Wir müssen daran festhalten, daß die Betriebsleitung in den Händen verantwortlicher Leute liegt. Wenn in Hamburg ein so großer Wirrwarr herrscht, so liegt das nicht daran, daß dort die Unabhängigen und Kommunisten viel mehr Einfluß in den Arbeiterräten eingeräumt ist, als ihnen der Zahl nach zusteht. Man hält dort die Partei unter allen Umständen aufrecht. Kürzlich war ein Vertreter der Hamburger Arbeiterräte in Berlin und diese Unabhängigen und Kommunisten hielten und Vorträge, in denen ein so großer Unsinn verzapft wurde, daß einem fast die Verzweiflung abkommen konnte. (Hört! Hört!) Sie sagten, daß in Hamburg die Betriebe schon vollkommen von den Arbeitern verwaltet würden. Man stelle sich das nur einmal praktisch vor. Das Mitbestimmungsrecht darf nicht überspannt werden. Im Januar und Februar sprach noch kein Mensch davon, und im März aber galt es schon als selbstverständlich, daß kein Angestellter eingestellt oder entlassen werden darf ohne die Zustimmung des Betriebsrates oder Angestelltenausschusses. Natürlich sind diese Selbstbestimmungen notwendig. Das Kündigungsrecht muß der Betriebsleitung zugehen, natürlich auch unter Beachtung gewisser Kontrollen. Wir müssen unseren alten Ideen treu bleiben, selbst wenn Hunderttausende nach links abwandern sollten. Wir dienen damit der Arbeiterklasse und unserem Volk.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Cohen (Schlußwort): Das Festhalten an der alten Nebenzeugung darf kein Parasit festhalten sein.

Wenn Hunderttausende nach links abwandern, so muß das einen berechtigten Kern haben. Wenn ich heute dem Reichswirtschaftsamt politische Rechte verweigern würde, er würde sie sich unter schweren Kämpfen nehmen.

Dr. Einzelmer (Schlußwort): Wir bleiben dabei, daß wir eine Kammer der Arbeit mit aller Macht bekämpfen müssen. Es kann der Zeitpunkt kommen, wo wir im Parlament die Mehrheit für uns gewinnen haben und wo wir dann an dem Ausbau der politischen Freiheit durch dieses verfassungsrechtliche Parlament gearbeitet werden. Das Wesen der Demokratie besteht darin, daß die Fähigkeiten an die geeigneten Stellen kommen. Ein Uebermaß an Kontrolle lehnen wir ab. Nur soll der parlamentarischen Kontrolle von oben die Kontrolle von unten durch die Arbeiterräte an die Seite gestellt werden. Diese Kontrolle ist für die gesamte Verwaltung von Wert, auch für die Verwaltung der Gemeinde. Deshalb bedauere ich, daß in diese Entwicklung durch einen Fehler der preussischen Regierung eingegriffen ist. Die Regierung von heute darf nie vergessen, daß sie ein Produkt der Revolution und aus dem Arbeiterhaube hervorgegangen ist. (Lebh. Zustimmung.)

In der Abstimmung wird der Standpunkt **Cohen's** gegen eine Stimme abgelehnt.

Lebhafter Dr. Einzelmer und **Ergänzungsmitglied** haben keine werden gegen eine Stimme angenommen.

Ein Antrag, das Räteystem bei der Eisenbahn einzuführen, wird abgelehnt.

Es folgt die Erledigung einer größeren Zahl von Anträgen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wird der Parteitag sodann geschlossen.

Ganzmach Wunsch!



und genau, was Sie suchen, finden Sie in den drei hier abgebildeten Sachen.

Ueberhaupt werden Sie - wenn Sie zu uns kommen - immer wieder bemerken, daß Sie bei uns stets das finden, was Ihren Wünschen entspricht.

Die richtige Auswahl,
Die richtigen Modelle,
Die richtige Preislage!



Fescher Sommerrod.
schöne, schwarz-weiß karierte Ware, gute Verarbeitung.
M. 69.50

Schmucke Bluse
aus gutem Voll-Wolle mit höchster Hoblcaumverzierung
M. 39.50

Entzückendes Kleid
aus gutem Woll-Wolle mit reizender Hobl-Verzierung an Kragen und Ausschnitt. Höchstes Selbstgewicht mit Schleiße.
M. 127.50

Rönigstraße 33
am Bahnhof Marienbrunn

Chausseestraße 113
Deim Stillner Dabühl

Einmal
gekollert!

Ledebour vor den Geschworenen

Achtzehnter Verhandlungstag.

Der Zeuge Roland ist nicht erschienen. Eine an ihn gerichtete Mahnung kam mit der Bemerkung zurück: „Adresse unbekannt“.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Wegen des Nichtersehens des Zeugen v. Tschjka: Herr v. Tschjka versuchte am Freitag hier als Zeuge aufzutreten, ist aber von den Volken nicht zugelassen worden.

Staatsanwalt Jumbroich: Gegen Hasso von Tschjka und seine Frau ist ein Haftbefehl wegen Verdacht der Beteiligung an dem Mord an Kaiserin Elisabeth in Wien ausgestellt worden.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Es müßte die Beweisaufnahme für die Verurteilung des Angeklagten zu 20 Jahren Gefängnis durch den Richter beschlossen werden. Ich nehme an, daß die Erlaubnis zur Vernehmung des Zeugen Roland nicht erteilt werden wird.

Neunzehnter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende verkündet, daß dem Zeugen v. Tschjka sowohl von der 7. Strafkammer als auch vom Militärgericht freies Geleit zugesichert ist.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, daß die Vernehmung des Zeugen Roland nicht erteilt werden soll, bis er einen Haftbefehl vorlegt.

Staatsanwalt Jumbroich: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Frage nicht zugelassen wird, da der Zeuge sie schon beantwortet habe.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Es müßte das Gericht bezüglich des Zeugen v. Tschjka darüber informiert werden, daß seine Aussage im Interesse der Wahrheitsermittlung liegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Ich beantrage, die Vernehmung des Zeugen Roland zu gestatten, wenn der Zeuge Roland einen Haftbefehl vorlegt.

Sei. Sie hätten sich mit Fischer besprochen und dieser habe erklärt: Er steht für die Sache ein. Sie hätten weiter noch mit ihm besprochen. Sie hätten einen Antrag gemacht, um Ledebour ins Leben zu bringen.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Rechtsanwalt Dr. Liebnecht: Ich habe schon früher angekündigt, daß eine Stelle existiert, wo die Ermordung politischer Gegner organisiert wird. Wir sind auf dem Wege, diese Stelle zu ermitteln.

Aufhebung des Vollzugsrats.

Die militärische Besetzung. Bespielerei des Vollzugsrats.

In der am 17. Juni stattgefundenen Sitzung beschäftigte sich der Vollzugsrat mit der am Sonnabend, den 14. d. M. stattgefundenen militärischen Besetzung seiner in den letzten 23 gelegenen Baracken durch ein militärisches Aufgebot der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. In zwei großen Kraitwagen mit Maschinengewehren kamen ca. 50 Soldaten, mit Handgranaten ausgerüstet und ließen niemand aus dem Haus passieren. Die Besetzung, die angeblich im Auftrage des Polizeipräsidenten von Berlin erfolgt sein sollte, war, wie sich später herausstellte, von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division veranlaßt worden. Durch das spätere persönliche Erkeinen des Polizeipräsidenten Ernst wurde festgesetzt, daß von ihm ein solcher Auftrag nicht erteilt worden ist. Auch dem Reichswehrministerium war hiervon nichts bekannt. Der Vollzugsrat protestiert einmütig gegen ein solches Vorgehen der Militär Gewalt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde an einer großen Anzahl von Einzelheiten festgestellt, daß der Vollzugsrat und seine Nahestehenden täglich unter starker Spitzelkontrolle steht. Unter allerlei Vorwänden beschaffen sich läufige Elemente Zutritt zum Vollzugsrat, um dort für ihre Geldgeber Material zu sammeln.

In der Diskussion über diesen Punkt wurde mitgeteilt, daß besonders die Spitzelkontrolle der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Eidenhof unter Leitung des Oberleutnants Knauth und des Feldwebels Fritsch am meisten bei der Bespielerei des Vollzugsrates ihre Hand im Spiele haben.

Es wurde beschlossen, eine scharfe Kontrolle über die das Gebäude des Vollzugsrates betretenden Personen auszuüben.

Zu dem im gestrigen "Vorwärts" im Anschluß an den Bericht über die Besetzung des Luzeburgs veröffentlichten Artikel "Parteihehe selbst am Sarge" wird der dort geschilderte Vorfall einstimmig verurteilt. Die im letzten Satz des Artikels betonte Schlussfolgerung ist damit erledigt.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich außerdem mit der Ueberrahme der Großen Berliner Straßenbahn durch die Stadt Berlin und beschließt, dem Hubschwebband mitzuteilen, daß der Vollzugsrat es für notwendig hält, zu den Ueberrahme Verhandlungen zugezogen zu werden.

In einer vordem stattgefundenen Sitzung wurde der Bericht über die Verhandlung mit dem Landespolizeiamt zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Lebensmittelkontrolle entgegengenommen. Die dem Vollzugsrat zugewiesenen Aufgaben, die lediglich bürokratischen gleichmachten sind, sind darauf, daß es der Vollzugsrat ablehnen muß, sich weiter an den Verhandlungen zu beteiligen.

11. Verbandstag des Deutschen Holz- arbeiter-Verbandes.

Stürmischer Beginn.

Im großen Saal des Gewerkschaftshaus wurde am Sonntagabend der 11. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes eröffnet. Gleich beim ersten Punkt: Konstituierung des Verbandstages kam es zu lebhaftem Auseinandergehen. Zu Vorsitzenden des Verbandstages wurden gewählt: Leipziger, Berlin und Gerichte-Leipzig. Gegen die Wahl Gerichtes liefen die Berliner Delegierten Sturm, weil sie die Wahl Gerichtes, dem von der Leipziger Mitgliedschaft gebilligt worden ist, als eine Belehren empfanden. Sie verließen unter Protest den Saal. Bei ihrer Rückkehr wurde Leipzig in der Vermittlungsrolle, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten des Verbandstages drei gleichberechtigte Vorsitzende zu bestimmen und als dritten Vorsitzenden einen Berliner Genossen zu wählen. Als solcher wurde Baeke-Werlin gewählt.

Zu Anfang der Sitzung am Montag gab Winler-Leipzig im Namen von 48 Delegierten folgende Erklärung ab:

"Wir protestieren gegen die Art der Besetzung des Bureaus durch den Verbandstag. Wir erblicken hierin eine Verge-waltigung der Minorität und eine Verdrängung der Berliner Mitgliedschaft als weitestgehende Zahlstelle im Verbande. Wir lehnen es ab, das Gnadengeschenk eines dritten Vorsitzenden entgegenzunehmen und mit Gerichte, dem die Leipziger Kollegenschaft das Vertrauen entgegen und auf dessen Tätigkeit als Lokalbeamtet sie verzichtet hat, zusammen den Vorzug zu führen. Seine Wahl zum Vorsitzenden des Verbandstages läßt eine unparteiische Handhabung der Geschäfte nicht erwarten."

Darauf lehnte Baeke die Wahl ab. Der Vorstandsbericht, Kasernenbericht, Bericht des Ausschusses und Bericht der Redaktion und Pressekommision werden zu einem Punkt zusammengefasst und für Berlin ein Korreferent bestimmt.

Leipzig erstattete den Vorstandsbericht. Er weist in seinen Ausführungen auf die Fortschritte des Krieges hinsichtlich der Einberufung des Verbandstages hin und bezeichnet die Städtekonferenzen als ein Kohefeld. Trotzdem herrscht auf diesen Städtekonferenzen Uebereinstimmung. Die Mitgliederbewegung hat unter dem Einfluss des Krieges stark gelitten. Im Krieges gelang es 12.000 Mitglieder. Die niedrige Zahl der männlichen Mitglieder war 1918 mit 60.139 erreichte; dagegen stieg die Anzahl der weiblichen Mitglieder. Nach Kriegsende liegt die Mitgliederzahl hienüben, und sie dürfte wohl zur Zeit des Verbandstages 300.000 betragen. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft sagte Leipzig, daß diese nicht gern von den Unternehmern gegeben wurde, wir müssen sie ihnen aufdrängen. Die Aufgabe des Vorstandes war, die Mitglieder vor dem Elend des Krieges zu schützen. Das war unsere Kriegspolitik, unter deren Zwang wir uns befanden. Schon im September trat die Generalkommission an die Regierung heran. Wir forderten von der Regierung Arbeitsgelegenheit, Mittel zur Unterbringung der Arbeitslosen und Vorkehrungen gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. All diese Dinge führten schon damals mit den Unternehmern zur Arbeitsgemeinschaft. Wer über den Vorstand das Urteil fällen will, mu sich klar machen, daß der Vorstand nicht alle Schwierigkeiten des Krieges überwinden konnte, aber daß er dies für sich in Anspruch nehmen kann, daß er die Kosten gemindert, das Durchhalten erleichtert habe. Der Vorstand habe dem Urteil des Verbandstages mit ruhigem Bewusstsein entgegen.

Darauf berichtete Kanfer, Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung" über die Haltung des Legans während des Krieges. Als der Krieg da war, stellte ich mich schaltlos auf den Boden der Vaterlandverteidigung. Wir wollten das Elend der Niederlage von uns fernhalten, weil wir uns unter Vaterland wohnlich und angenehm für die Arbeiter machen wollten. In allen Anstrengungen vom Burgfrieden ist von unsern Grundätzen nichts aufgegeben. Der Redner sagte über die Parteispaltung und ein heftige Klatsch gegen die "Spaltung". Das Vorgehen der Regierung über land seine Willigung.

Siegler-Berlin (Korreferent): Uns interessiert hauptsächlich die Kriegspolitik. Der Vorstand habe eine arbeitshilfliche Politik getrieben. Wir müssen auf politischem Gebiet mehr erzwingen, sonst nützen uns kleine gewerkschaftliche Vorteile nicht. Berlin hat der Vorstand versagt. Man konnte bis vor Kriegsende noch der Meinung sein, daß die Gewerkschaften dem Boden des Klassenkampfes ständen. Diese Ueberzeugung

aber im Laufe des Krieges immer mehr geschwunden. Die rechtsstehenden Kollegen haben die politischen Generalstreiks, die hinter uns liegen, abzurufen helfen. Schon im September 1914 haben die Gewerkschaften die Einstellung jeder Lohnbewegung beschlossen und damit eine Preisgabe des Streikrechts ausgesprochen. Wenn ich auch damals diese Politik mitmachte, so bedauere ich das heute. Ich habe den führenden Leuten eben noch zu lange Vertrauen geschenkt. Der Vorstand macht geltend, die Gewerkschaften hätten deshalb die Regierung unterstellt, weil Deutschland einen Verteidigungskrieg führte. Ich stelle fest, daß der Verbandstag mit mir einig ist, daß wir keinen Verteidigungskrieg führten und daß unsere damaligen Wächter die Hauptschuld am Ausbruch des Weltkrieges hätten. Solange wir nicht unser Vaterland selbst nach unseren Ueberzeugungen gebaut haben, gibt es für uns keine Vaterlandsverteidigung. (Beifall bei der Minorität.)

In den Verhandlungen am Dienstag gab Schleicher-Stuttgart den Bericht für die Kommission zur Bearbeitung der Anträge. Er wandte sich heftig gegen die Anträge Bremen und Berlin, welche die Ausschaffung des Vorstandes verlangen und seine Ersetzung durch solche Mitglieder, die auf dem Boden des wahren Nationalismus stehen. Er empfahl den Antrag Dresden, der die Verschlechterung der Arbeiterbewegung bedauert und die Wiederherstellung der Arbeitsbedingungen fordert und die Anerkennung der demokratischen Grundsätze.

Hierauf wurde in die Diskussion über den Vorstandsbereich eingetreten.

Winkler-Leipzig will die Ertragsschaften des Verbandes nicht verkleinern. Aber der Vorstand habe die Durchhaltepolitik gefördert, ebenso die Holzarbeiter-Zeitung, die andauernd mahnte, daß der Hauptzweck des Verbandes, die Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen während des Krieges ruhen solle.

Kellermann-Stuttgart: In gewerkschaftlicher Beziehung hat H. Siegler dem Vorstande nichts vorwerfen können. Schenken Sie dem Vorstand das Vertrauen.

Schlüter-Bremen wendet sich heftig gegen den Hinandruck verbitterter Kollegen aus den Verbandskämern.

Lornau-Frankfurt a. M. wendet sich ebenfalls gegen die Opposition und die Hebe gegen die Gewerkschaften.

Wendl-Köln erinnert an die sofortige Aufhebung des Streikrechts und die Einstellung der Lohnbewegungen zu Beginn des Krieges und verurteilt die Kriegspolitik der Gewerkschaften.

Münch-Berlin: Der Vorstand hat nichts gegen den Krieg getan, wohl aber alles, um ihn verlängern zu helfen. Auf die Anerkennung, die die Gewerkschaften während des Krieges gefunden haben, dürfen sie nicht stolz sein.

Klein-Hamburg tritt für eine Annäherung der gegenwärtigen Auffassungen ein.

Reumann vom Vorstand wies in längeren Ausführungen die Angriffe der Opposition zurück und wandte sich ebenfalls scharf gegen den Hinandruck solcher Kollegen aus den Kämern, die auf rechtssozialistischer Seite stehen.

Gerich-Leipzig sprach über die Vorgänge in Leipzig, wo außer dem Redner selbst noch fünf andere Beamte aus der Ortsverwaltung entfernt wurden.

Herbert-Leipzig: Man muß von den richtigen Voraussetzungen ausgehen, um zum Verständnis der sogenannten Mah-regelungen zu kommen. Wir Unabhängigen haben in Leipzig keine neue Partei organisiert, das haben die Rechtssozialisten getan, und zwar mit Gerichte, die ihnen die Leipziger Gewerkschaften zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte. Die Unternehmern hatten ein Interesse an der Unterdrückung der Rechtssozialisten. Das konnten sich die Leipziger Arbeiter nicht gefallen lassen, und wie sie gehandelt haben, haben sie recht gehandelt. Man benutzte das Verbandsbureau zur Agitation für die neue Partei. Die Verwaltungsgeschäfte blieben liegen, und es war gar nichts anders möglich, als andere Kollegen an diese Stellen zu setzen. Mit Sozialdemokraten, die sich von den Unternehmern zur Parteigründung Geld vorstehlen lassen, haben wir nichts zu tun.

Wittich-Leipzig ergänzte die Ausführungen des Redner. Wir handelten ganz im Sinne der Holzarbeiter-Zeitung, die schrieb, daß man den Kollegen, die unsere Interessen nicht mehr vertreten, das Vertrauen abzuziehen solle. Das haben wir getan. Unser Vorgehen liegt ganz in den Leipziger Verhältnissen begründet und ist völlig einwandfrei.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftliches.

Der Streik in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Unsere Mitteilung in der Morgen-Ausgabe der "Freiheit" vom Sonnabend, daß die Lohnbewegung der Buchdruckerhilfsarbeiter zu einer Stilllegung der Berliner Zeitungsbetriebe zu führen drohe, ist überraschend schnell zur Tatsache geworden. Am Sonnabend morgen konnte außer "Freiheit" und "Republik" keine Berliner Zeitung erscheinen. Die Hilfsarbeiter der Vertriebe waren in den Streik getreten.

Bereits seit dem 5. Juni hatten Verhandlungen der Arbeitervertreter mit den Unternehmern stattgefunden. Die Hilfsarbeiter forderten die durch Schiedspruch den Buchdruckern zuvor bewilligte Teuerungszahlung von 20 Mark pro Woche.

In dreimaliger Verhandlung boten die Prinzipale erstmalig: 8 Mark für männliches Personal, 5 Mark für weibliches Personal, 8 Mark für jugendliches Personal. Später 10 Mark für männliches Personal, 6 Mark für weibliches Personal, 4 Mark für jugendliches Personal.

Die Kommission der Arbeiter machte auf das letzte Angebot den Unternehmern folgende Zugeständnis:

12 Mark für männliches Personal, 9 Mark für weibliches Personal, 5 Mark für jugendliches Personal.

In zwei aufeinander folgenden Vertrauenspersonensitzungen von Groß-Berlin lehnte das Hilfspersonal das Angebot der Prinzipale einstimmig ab, obgleich die Lohnkommission deren Annahme empfohlen hatte. Darauf brach der Streik aus.

Durch den Sekretär des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker wurde ein Vermittlung zwischen beiden Parteien versucht. Die Streikleitung erklärte ihr Einverständnis zu neuen Verhandlungen. Am Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10½ Uhr, sollte eine Sitzung in den Räumen des Automobillubs stattfinden.

Beim Erscheinen der Arbeitervertreter teilte derselbe Sekretär des Tarifamts mit,

daß die Prinzipalkommission jede Verhandlung mit den Arbeitervertretern ablehnt.

Beim Verlassen der Räume wurde folgende Erklärung der Prinzipalorganisation schriftlich überreicht:

"Die heutige Zusammenkunft ist durch ein Mißverständnis entstanden. Die anwesenden Prinzipale sind erst verhandlungsberechtigt, wenn die Versammlung der Prinzipale, die morgen laagen wird, zur gänzigen Angelegenheit Stellung genommen haben wird. Es wird ausdrücklich erklärt, daß von einem Mangel an Verhandlungswilligkeit der anwesenden Vertreter der Lohnkommission keine Rede ist."

In dieser Versammlung der Unternehmer wurde beschlossen, jedes Entgegenkommen an die Forderungen der Arbeiter abzuschneiden. Die Arbeiter der Buchdruckerer helfen soll auf zwei Stunden pro Tag herangezogen und auf Grund des Tarifs der Gehilfen zu Streikbrecherdiensten veranlaßt werden.

Kauf Betreiben des Reichswehrministeriums fanden am Sonntag Verhandlungen statt, die mit folgendem Schiedspruch endeten: Die Forderungen werden auf 10 M. für männliche, 8 M. für weibliche und 4 M. für jugendliche Hilfsarbeiter pro Woche anerkannt. Die Grenze des jugendlichen Alters wird von 18 auf 14 Jahre zurückgeschoben. Nachfolgenden auf Grund des Streiks Jahren nicht statt. Die Forderungen werden rückwirkend vom 15. Mai bewilligt. Die Streitfrage wird geregelt nach dem 15. Mai kommen, das mit den Verhandlern am 21. Mai getroffen wurde.

Eine gestern Abend in Wilkes Hefischen, Schalklandstraße 10, gerade Vertrauensmännerversammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter hat nachstehende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen: "Die Vertrauensmännerversammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter ist mit dem Schiedspruch keinesfalls zufrieden. Die Versammlung lehnt ab, daß sie durch die verschiedenen Verhältnisse mit dem Schiedsgericht zufrieden sein müssen. Sie fordern die Kollegen auf, die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen, um bei gegebener Zeit mit allem Nachdruck die alten Forderungen, die sie auch weiter als zu Recht betreffend betrachten, wieder geschlossen zur Durchsetzung zu bringen. Die Versammlung gelobt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einigung der Kollegenvereine im Druckergewerbe zu wirken in dem Bewußtsein, daß nur Einigkeit stark macht."

Frieden im Berliner Holzgewerbe.

Am Circus Busch fand Sonnabend nachmittag eine Versammlung der streikenden Holzarbeiter Groß-Berlins statt, in der Kollege Siegler Bericht erstattete über die Verhandlungen vor der Schlichtungskommission. Auf Antrag der Zentralvorstände waren Verhandlungen vor der vereiniglichen vorgehenden Schlichtungskommission angebahnt. Die Unternehmer erklärten sich dazu bereit, ohne vorheriger Wiederaufnahme der Arbeit zu verlangen, mit dem 15. März weiter zu arbeiten. Daraufhin trat Sonnabend früh die Schlichtungskommission zusammen. Die alte Debatte über Wochenlohn- und Nachfrage lebte wieder auf. Schließlich einigte man sich auf folgender Basis: Facharbeiter erhalten bei Wiederaufnahme der Arbeit 40 Big. Zulage, ab 1. April 25 Big. nachgezahlt ab 1. August weitere 10 Big. Zulage pro Stunde. Also die Teuerungszulage in voller Höhe; Hilfsarbeiter erhalten bei Wiederaufnahme der Arbeit 35 Big., ab 1. April nachgezahlt ab 1. August weitere 10 Big.; Arbeiterinnen bei Wiederaufnahme der Arbeit 15 Big. Nachzahlung ab 1. April 15 Big., ab 1. August weitere 10 Big. Alle Zulagen sind auf Arbeitsstunden prozentual anzurechnen. Die Anmoderationen sollen auch für Holzbildhauer weitergehende Zugeständnisse werden nicht berührt.

Die Diskussionredner stellten sich im großen Gegensatz auf den Boden der Vereinkörung trotz mancher Kritik. Die Abstimmung ergab die Annahme des Verhandlungsresultats mit großer Majorität. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Montag.

Neuorganisation des Deutschen Werkmeister-Verbandes.

Eine Versammlung der Vertrauensleute der Werkmeister Groß-Berlins, die am 13. Juni in Havertens Hefischen stattfand und sich hauptsächlich mit der Neuorganisation des Bezirks X Groß-Berlin auf freiwilliger Basis beschäftigte und in welcher auch bekannt gegeben wurde, daß der Deutsche Werkmeister-Verband gegenwärtig schon die Mitgliederzahl 100.000 überschritten hat, wurde eine Anschließung gefordert, in der sich die Vertrauensleute des Deutschen Werkmeister-Verbandes mit der Unterstützung für die Neuorganisation des Verbandes wie sie in der vom Vorstand des Bezirks X herausgegebenen Denkschrift vorgezeichnet ist, erklären. Sie halten die Neuorganisation für unbedingt notwendig, um moderne gewerkschaftliche Arbeit zu leisten und fordern alle Kollegen auf, für diese Neuorganisation in den Bezirksvereinen energisch zu wirken.

Metallarbeiterstreik in Magdeburg. Infolge Lohnstreiks der Feiger sind alle Großbetriebe stillgelegt worden. Auch die Metallarbeiter beabsichtigen, in den Ausstand einzutreten; der endgültiger Beschluß wird heute gefaßt.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen (Grüppchen Groß-Berlin) hielt am Freitag eine Mitgliederversammlung in den Germania-Sälen ab. Weltweit gab den Kasernenbericht. Die Finanzlage ist so günstig, daß es nun möglich ist, an eine eifrige Agitation zu denken. Gewisse fünfzig ist die Mitgliederzahl, die jetzt 60.000 bereits überschritten hat. Schmidt gab den Geschäftsbericht. Nachdem der Verband solche Entwicklung genommen, müsse die Teilnahme an der inneren Arbeit auch eine bedeutend regere werden. Es muß gelingen, die anderen Organisationen auszuhalten. Der "Vorwärts"-Vorschlag hält Schmidt für eine Dummbühne. Er müsse den "Vorwärts" zwingen, die Erklärungen wortgetreu zu bringen. Von der Demonstration im Sporpalast habe er kein Wort gebracht, während die bürgerlichen Verbände von ihm doppelt werden. Schmidt teilte dann noch mit, die Anlage wegen des Beschlusses der Konfottierung der Freiwilligen sei jetzt gegen Regen erhoben worden. In der Diskussion wurde verlangt, daß die Ortsverwaltung sich für die Beschlüsse der Vertrauensleute zu halten habe. Der "Vorwärts"-Vorschlag wurde dann nach einem scharfen Zur und Wider aufgehoben. Zu Referenten wurden gewählt: Schirmer, Kants und Baumgarten.

Eine Branchenversammlung der Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen, die am 16. Juni in den Phorus-Sälen stattfand und von ca. 3000 Personen besucht war, nahm ein Referat von Genossen Reumann über "Arbeitsgemeinschaft oder Nützsystem" beifällig auf. Dann erstattete H. Knauß den Bericht der Branchenleitung, der sich hauptsächlich mit dem bestehenden Kollektivabkommen beschäftigte. Alle Diskussionredner waren für die Verurteilung des Kollektivvertrages einig, und einstimmig wurde jedoch die Kündigung des Vertrages beschlossen. Auf dem gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, der überbunden alle Kollektivverträge ablehnt.

Der Streik in der Fernwärmebranche dauert an. Verhandlungen vor dem Einigungsamt scheiterten, da die Arbeitgeber einen garantierten Wochenlohn nicht zahlen wollen.

Der Fachsenber Kruppersen, der bei der Firma G. Sternberg jun. Streikbrecherdienste leistet, schlug Streikposten-Helferinnen Frauen und stieg sie zur Seite. Ihm sprang noch der Streik bei, der die Frauen mit einem betrieblichen Giner mit Waffengewalt. Der Prinzipal dieses nützigen Vorkommens ist Gemeindevorteiler und Rechtssozialist. Der Inhaber der Firma B. u. L. höhnt die weiblichen Streikposten und beschimpft sie wie: "Paulas Pod", "Gefimel", "Sippchaft" und droht mit dem Stad. Nun, sie werden sich durch derartige schlagende Argumente nicht überzeugen lassen, daß ihr Vorgehen zwecklos ist. In Gegenteile!

Werkmeisterverband, Bezirksverein Berlin 7. Freitag 6½ Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Hof, Turnstraße. Neuorganisation des Bezirks 10.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Freitag abends 7 Uhr im Nordischen Hof, Invalidenstr. 129, Vertrauensmännerversammlung. Alle Vertrauensmänner mit Einschluß der Betriebsvertrauensleute des ehemaligen D. T. B. werden eingeladen. Sie sind zu berechnen.

Obleute der "Chemischen Industrie" (Nachgruppe XIX) versammeln sich Mittwoch, abend 7 Uhr im Nordwest-Haus, Rosbit 66/68.

Matinee
aus hellmod-
farbigen Stoffen
25⁵⁰

Unterrock
aus hellmod-
farbigen Stoffen
24⁵⁰

HERMANN

Wäsche

Damen-Hemden reich gestickt, Reicheware .. 27 ⁵⁰	Herren-Hemden aus weißem Stoffen, 16 ⁵⁰
Damen-Hemden mit 20-herd garniert .. 33 ⁵⁰	Unterröcke mit 20-herd garniert .. 56 ⁰⁰ 78 ⁵⁰
Beinkleider Kallform mit Stückerol .. 22 ⁷⁵	Unterröcke .. 77 ⁵⁰ 13 ⁵⁰

Bade-Anzüge, Hauben, Schuhe in großer Auswahl

Damenhandschuhe

Halbhandschuhe, Zwirn .. 95 Pl	Seide poröse, 2 Druckknöpfe .. 3 ⁹⁰
Halbhandschuhe, Seide .. 2 ⁴⁵	Zwirn poröse, 2 Druckknöpfe .. 4 ⁹⁰
Zwirn poröse, 2 Druckknöpfe .. 2 ⁹⁰	Seide glatt, 2 Druckknöpfe .. 4 ⁹⁰

Morgenrock
aus hellmod-
farbigen Stoffen
52⁰⁰

Strümpfe

Damenstrümpfe Baumwoll, gewebt, schwarz ... 13 ⁷⁵ 15 ⁵⁰
Damenstrümpfe Seide, gewebt, schwarz und farbig 14 ⁷⁵ 18 ⁷⁵
Herrensocken Baumwoll, gewebt, farbig .. 4 ⁷⁵ 6 ⁵⁰
Herrensocken Baumwoll und Flor, gewebt, farbig .. 7 ⁷⁵ 9 ⁵⁰
Kinderstrümpfe Baumwoll, schwarz, 1x1, Gr. 5-11 3 ⁰⁰ bis 8 ⁵⁰

Trikotagen

Herrenhemden Baumwoll, meliert .. 17 ⁵⁰ 19 ⁰⁰
Herrenhosen Baumwoll, meliert .. 16 ⁰⁰ 17 ⁰⁰
Damenblusen in Kanostoff, farbig .. 48 ⁰⁰ 55 ⁰⁰
Damenjacken Seide, moderne Farben .. 150 ⁰⁰ 175 ⁰⁰
Damenjacken in Kanostoff, neue Farben und Formen .. 225 ⁰⁰ 275 ⁰⁰

Schürzen

Blusen-Schürzen aus Zellstoff .. 4 ⁷⁵ 7 ¹⁰
Rock-Schürzen Wiener Form, aus Zellstoff in schwarz u. marine .. 6 ⁷⁵ 7 ⁵⁰
Weisse Tändelschürzen .. 6 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 9 ⁵⁰
Weisse Teeschürzen .. 9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵ 14 ⁵⁰
Farbige Teeschürzen .. 9 ⁷⁵ 12 ⁵⁰ 13 ⁵⁰

Kindersöckchen, Baumw. u. Flor
schwarz und farbig, in allen Größen

Herren-Netzjacken, Trikot-Badeanzüge
Zipfelmützen aus Kunstseide

Mädchen- und Knabenschürzen
in allen Größen in grosser Auswahl

III. Kreis U. S. P. D.
Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr:
Frauenleseabend
in der Schloßstraße, Alte Jakobstr. 24.
Vortrag.
Vegen Besuch erwartet der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Berufung Berlin.
Bureau: Berlin, Ringstr. 50.
Telephon: Amt Westplatz 10023, 3578.

Achtung Stellmacher Achtung
Mittwoch den 18. Juni 1919, abends 7 Uhr,
in den „Sophien-Sälen“, Sophienstraße 17/18
(Weißer Saal)

Außerordt. Branchenversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über den Verhandlungsfortschritt des Winter-
schloß über den Tarifvertrag in der neuen Zeit.
2. Bericht über die abschließende Vorbereitung.
3. Stellungnahme zur Generalversammlung und Vertretungs-
angelegenheiten.
Wer aus wichtiger Branchenangelegenheit nicht teilnehmen kann,
sollte am 20. Juni in der Sophienstraße 17/18
bisherigen Besuch erwarten die Branchenleitung.

Parquetbodenleger und Bohner!
Mittwoch, den 18. Juni 1919, abends 6 1/2 Uhr,
in der „Merseburger“, Ringstr. 30 (Arbeitertotenlohn):
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wenzler, München.
2. Branchenangelegenheiten.
Die Kommissen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin 1154, Finkenstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-4 Uhr.
Telephon: Amt Nordend 185, 1889, 1967, 9714.

Am Donnerstag, d. 19. Juni 1919 abds. 6 Uhr
Branchenversammlung
der Maschinenbauarbeiter
in den Germania-Sälen Chaussee Straße.
Tagesordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Aufstellung d. Angebots zum Verbandstag.
3. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! Euer Erscheinen ist in Anbetracht dieser
wichtigen Versammlung Ehrensache.
Die Kommissionsmitglieder treffen sich schon
um 5 Uhr im selben Lokal.

Am Donnerstag, d. 19. Juni 1919 abds. 7 Uhr
findet in der Aula der Schule,
Grünhäger-Strasse 5 die
Bezirksversammlung
des 20. Bezirks statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu der außerordentlichen
Generalversammlung am 22. Juni d. J.
2. Aufstellung d. Angebots zum Verbandstag.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Punkteliste und päpstliches Erscheinen wird
erwartet.

Am Donnerstag, d. 19. Juni 1919 abds. 6 1/2 Uhr
Branchenversammlung
aller Stellwerks-Monteur im Lokal von
Wende, Kolonie-Strasse 147.
Tagesordnung:
1. Bericht über die mit den Arbeitgebern ge-
pflegten Verhandlungen.
2. Diskussion und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt
erforderlich.

2. Kreis
Mittwoch, den 18. d. M., abends 7 Uhr in der Schulaula
Mittenwalder Str. 34.
Mitgliederversammlung.
1. Vortrag des Gen. Prof. Dr. C. Ballou über
„Deutschlands künftige Nahrungs- und Roh-
stoffversorgung“
2. Diskussion
3. Geschäftliches.
Genossinnen und Genossen! Erscheint in Pflanz!
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
Zur gest. Beachtung! Der Bericht über „Das Mittelmeer“ wird am Montag,
den 16. d. M., abends 7 1/2 Uhr fortgesetzt, im Lokale Romanpromenade 18 (1898).
Wir erwarten Ihren Besuch.

Deutscher Kürschner-Verband, Fil. Berlin.
Bureau und Arbeits-Nachweis: NO 43, Weinstraße 8.
Berufsbüro: Amt Alexander 2789.

Mittwoch, den 18. Juni, abends 7 Uhr:
Sektions-Versammlung
der Pelz-Branche
in der Aula des Sophien-Gymnasiums,
Weinmeister Straße 15.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum neuen Tarif-Antrag. Kollege
Karl Dittmann,
2. Diskussion,
3. Berichtliches.
Wir ergehen unsere Mitglieder und Vertrauensleute für
Mühen und Sorge zu danken. Alsbald, bei in der Pelzbranche
beschäftigt ist, darf der Versammlung fern bleiben.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Banarbeiter!
Alle Mitglieder des Banarbeiterverbandes, Berlin, die
im April d. J. am Streik im Bauwesen beteiligt waren u. ab
noch irgend welche Strafbestimmungen zu bekommen haben, werden
auf die Bitte hin
Nach dem 28. Juni werden
solche Unterstützungsgelder nicht
mehr ausgezahlt.
Das Mittelbuch des Banarbeiterverbandes, in dem die
Besträge eingetragen in Ordnung sein müssen, ist zur Auszahlung
anfertigen.

Bekanntmachung
über Ausgabe von Nahrungsmitteln.
I. Es enthält auf dem Abschnitt 32 der allgemeinen
Lebensmittelliste der Stadt Berlin
150 Gramm anständliches Suppenmehl
oder lose Suppen.
auf dem Abschnitt 32
200 Gramm Graupen
und auf dem Abschnitt 42
500 Gramm incl. Nudelmehl,
leiner auf die Abschnitte 35 und 36 der Lebensmittelliste
für Jugendliche
je 100 Gramm zusammen 200 Gramm Eierschalen.
II. Es sollen:
150 Gramm anständliches Suppenmehl .. 38 Pf
150 Gramm lose Suppen .. 28 Pf
200 Gramm Graupen .. 17 Pf
500 Gramm incl. Nudelmehl .. 32 Pf
200 Gramm Eierschalen .. 25 Pf.
III. Weiter sind auch nachträglicher Annahme sind die An-
meldungen bis zum Sonnabend, den 21. Juni 1919 bei den
Nahrungsmittelbehörden abzugeben.
IV. Die Anmeldungen haben die Anmeldebücher zu den
oben angegebenen Nummern bei den Nahrungsmittelbehörden am 23. Juni
1919 abzugeben.
V. Die Anmeldebücher sind mit dem 23. Juni 1919
Berlin, den 17. Juni 1919.
Magistrat
Abteilung für Nahrungsmittel.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Groß-Berlin
Sektion der Holz-, Eis- und Wasser-Industrie.
Monatsversammlung
Freitag, den 20. Juni, abends 8 Uhr,
in der Fiedlerstraße 11 (Hinterstr. 6, Nähe Reichstraße 30,
1. Vortrag des Kollegen Rapp, 2. Diskussion, 3. Geschäftsbericht;
Ansprache über die -erhaltung des Standes der Arbeiter.
- Stellungnahme zum bevorstehenden Lohn.

Gemeinnützige Obstbau- und Heimstätten
Verein Frei-Land
Sonntag, den 29. Juni, vormittags 9 Uhr,
Außerordentliche Generalversammlung
bei Wolf, Neutölln, Kirchhoffstr. 41.
Tagesordnung:
1. Bericht der Vorstandsmittglieder.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Antrag Groß und Genossen.
4. Berichtliches.
Der Aufsichtsrat G. Blohm.

Allgemeine Ortsrententasse Berlin-Grß.
Der in der Ausschreibung am 14. Mai 1919 be-
schlossene IV. Richttag zur Zahlung hat am 3. Juni 1919
seine Genehmigung durch das Oberverwaltungsamt erhalten
und tritt von diesem Tage ab in Kraft.
Druckemplare hierzu sind im Kassierenlokal erhältlich.
Der Vorstand, Traug. L. Borjander.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen
der Metallindustrie
Edmund Oconowitz,
Palisadenstr. 5, am 12. d. M.,
der Maschinenbau
Karl Wisotzki,
Schivelbeiner Str. 46, am 13. d. M.,
der Schlosser
Richard Hoyer,
Lauenberger Str. 17, am 29. April,
der Schlosser
Otto Rogge,
Neukölln, Juliusstr. 38, am 1. d. M.,
der Dreher
Karl Barth,
Blankenburg, am 9. d. M.,
der Schlosser
Leopold Müller,
Charlottenburg, Seseheimer Str. 40, am 27. Mai,
der Arbeiter
Willi Lehmann,
Mahlow, am 10. d. M.,
der Schmied
Wilhelm Baschinsky,
Tegel, Trescowstr. 34, am 28. Mai,
der Arbeiter
Fritz Gesch,
Bremerstr. 49, am 18. April gestorben sind,
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen
der Metallindustrie
Edmund Oconowitz,
Palisadenstr. 5, am 12. d. M.,
der Maschinenbau
Karl Wisotzki,
Schivelbeiner Str. 46, am 13. d. M.,
der Schlosser
Richard Hoyer,
Lauenberger Str. 17, am 29. April,
der Schlosser
Otto Rogge,
Neukölln, Juliusstr. 38, am 1. d. M.,
der Dreher
Karl Barth,
Blankenburg, am 9. d. M.,
der Schlosser
Leopold Müller,
Charlottenburg, Seseheimer Str. 40, am 27. Mai,
der Arbeiter
Willi Lehmann,
Mahlow, am 10. d. M.,
der Schmied
Wilhelm Baschinsky,
Tegel, Trescowstr. 34, am 28. Mai,
der Arbeiter
Fritz Gesch,
Bremerstr. 49, am 18. April gestorben sind,
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen
der Metallindustrie
Edmund Oconowitz,
Palisadenstr. 5, am 12. d. M.,
der Maschinenbau
Karl Wisotzki,
Schivelbeiner Str. 46, am 13. d. M.,
der Schlosser
Richard Hoyer,
Lauenberger Str. 17, am 29. April,
der Schlosser
Otto Rogge,
Neukölln, Juliusstr. 38, am 1. d. M.,
der Dreher
Karl Barth,
Blankenburg, am 9. d. M.,
der Schlosser
Leopold Müller,
Charlottenburg, Seseheimer Str. 40, am 27. Mai,
der Arbeiter
Willi Lehmann,
Mahlow, am 10. d. M.,
der Schmied
Wilhelm Baschinsky,
Tegel, Trescowstr. 34, am 28. Mai,
der Arbeiter
Fritz Gesch,
Bremerstr. 49, am 18. April gestorben sind,
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen
der Metallindustrie
Edmund Oconowitz,
Palisadenstr. 5, am 12. d. M.,
der Maschinenbau
Karl Wisotzki,
Schivelbeiner Str. 46, am 13. d. M.,
der Schlosser
Richard Hoyer,
Lauenberger Str. 17, am 29. April,
der Schlosser
Otto Rogge,
Neukölln, Juliusstr. 38, am 1. d. M.,
der Dreher
Karl Barth,
Blankenburg, am 9. d. M.,
der Schlosser
Leopold Müller,
Charlottenburg, Seseheimer Str. 40, am 27. Mai,
der Arbeiter
Willi Lehmann,
Mahlow, am 10. d. M.,
der Schmied
Wilhelm Baschinsky,
Tegel, Trescowstr. 34, am 28. Mai,
der Arbeiter
Fritz Gesch,
Bremerstr. 49, am 18. April gestorben sind,
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen
der Metallindustrie
Edmund Oconowitz,
Palisadenstr. 5, am 12. d. M.,
der Maschinenbau
Karl Wisotzki,
Schivelbeiner Str. 46, am 13. d. M.,
der Schlosser
Richard Hoyer,
Lauenberger Str. 17, am 29. April,
der Schlosser
Otto Rogge,
Neukölln, Juliusstr. 38, am 1. d. M.,
der Dreher
Karl Barth,
Blankenburg, am 9. d. M.,
der Schlosser
Leopold Müller,
Charlottenburg, Seseheimer Str. 40, am 27. Mai,
der Arbeiter
Willi Lehmann,
Mahlow, am 10. d. M.,
der Schmied
Wilhelm Baschinsky,
Tegel, Trescowstr. 34, am 28. Mai,
der Arbeiter
Fritz Gesch,
Bremerstr. 49, am 18. April gestorben sind,
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Gesucht
eine perfekte Buchhalterin
und Stenotypistin,
Kraft, zwei Sprachen,
dientlichen, die
Rechnungswesen,
rinnen auszubilden,
schriftliche
Gehaltsansprüche
M. Guttmann
Berlin O. 27, Alexander-
strasse 22.
1 zuverl. B.
leichte Teil,
Stenotypist
Königin-Elisabeth-

Wahlkreis U. S. P. D.
14. Abt. Buk. 903.
Nachruf!
Am Donnerstag,
12. Juni, verstarb unser
Genosse der Metallindustrie
Walter Böhm
Oldenburger Str. 20.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung
bereits stattgefunden.
Der Vorstand.

Allen Kollegen
wenn d. P. Schenker
Scherlingstr. 4, Berlin
Wahlkreis U. S. P. D.
Kollegenwahl
Sohn Hans Schenker
d. letzte Ihre
herzlichsten
Die trauernde
und Geschwister.

Todesanzeige
Beim Herrn
ist am 10. Juni
lieber zeter Sohn
Paul
im Alter von 18 Jahren
Dies seligen
an die Eltern
Familie
Immatrikulations-

Dankesagung
Für die herzliche
Für die viel
spenden d. d. d.
unseres lieben
Kurt
sagen wir allen
u. Genossinnen d.
O. und 50. d. d.
u. Verwandten
Genossen
Baronin L. d. d.
Worte den im
Heinr. Kann
Kinder. Wien

Um nicht gegen
anzugewandten
der ist 37 Jahre
das Leben von
aktionen mit
neuen
tionen zu
4-jährigen
immer
Buchhändler

Existenz
gleich weicher Art,
der ist 37 Jahre
heiratet, vier
wien verlegte
nischen und
Arbeiten
eher
Stütz
die Expedition
erleben.
Gesucht
eine perfekte Buchhalterin
und Stenotypistin,
Kraft, zwei Sprachen,
dientlichen, die
Rechnungswesen,
rinnen auszubilden,
schriftliche
Gehaltsansprüche
M. Guttmann
Berlin O. 27, Alexander-
strasse 22.
1 zuverl. B.
leichte Teil,
Stenotypist
Königin-Elisabeth-